

## Regionales

### Die Antifaschistische Aktion 1932 in Sachsen an der Basis der Arbeiterparteien. Gemeinsamkeiten und Brüche<sup>1</sup>

Carsten Voigt

Nach wie vor wird in der Forschung darüber diskutiert, inwieweit es angesichts des rasanten Erfolges der Nazis im letzten Jahr der Weimarer Republik wenigstens zu einer partiellen Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD kam, oder ob sich die beiden Parteien primär als erbitterte Feinde gegenüberstanden. Im Mittelpunkt der Diskussion steht die Antifaschistische Aktion, welche im Frühjahr 1932 von der KPD ausgerufen wurde. Klaus-Michael Mallmann vertritt die These, daß die Antifaschistische Aktion für einen flexibleren Kurs der KPD-Führung stand, der an der Parteibasis über das von der Führung intendierte Maß hinaus als echter Kurswechsel interpretiert wurde.<sup>2</sup> Dieser Sichtweise hat vor allem Andreas Wirsching widersprochen.<sup>3</sup>

Am Beispiel von Sachsen soll der Blick auf die Basis der sozialistischen Arbeiterparteien gelenkt werden, wobei die Haltung der kommunistischen Mitglieder im Mittelpunkt steht. Sachsen stellt für die Untersuchung dieser Kontroverse ein besonders günstiges Gebiet dar, war doch der Freistaat eine Hochburg des sozialistischen Arbeitervereinswesens. In keinem Flächenland des Reiches war das sozialistische Milieu so tief verankert wie hier. Allerdings gab es dabei erhebliche regionale Unterschiede. In der Weimarer Republik wurde der Mythos vom „roten Sachsen“ bald brüchig, und der NSDAP gelang seit 1929 auch hier ein rasanter Aufstieg. Dies traf besonders dort zu, wo das sozialistische Arbeitervereinswesen nicht sehr tiefe Wurzeln schlagen konnte, so etwa im

---

1 Bearbeiteter Vortrag auf der Tagung „Arbeiterbewegungsgeschichte von unten. Arbeiterleben und Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert – neue Erkenntnisse, neue Fragen“ am 8./9. Dezember 2006 in Berlin. Er basiert auf Forschungen zur Dissertation: Carsten Voigt: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in Sachsen (1924-1933), Manuskript.

2 Siehe Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S.377.

3 Siehe Andreas Wirsching: „Hauptfeind Sozialdemokratie“ oder „Antifaschistische Aktion“? Die Politik der KPD und Komintern in der Endphase der Weimarer Republik, in: Heinrich August Winkler: Weimar im Widerstreit. Deutungen der ersten deutschen Republik im geteilten Deutschland, München 2002, S.105-130, hier besonders S.117.

Vogtland und im Erzgebirge.<sup>4</sup> Die scharfe Spaltung der politischen Landschaft Sachsens zwischen bürgerlichem Lager und sozialistischem Lager begünstigte einerseits den Erfolg der Nazi-Bewegung,<sup>5</sup> andererseits ergaben sich durch diese gemeinsame Frontstellung mehr Anknüpfungspunkte zwischen KPD und SPD als beispielsweise in Preußen. Nicht zuletzt dadurch entwickelte sich Sachsen zu einer Hochburg der SPD-Linken.<sup>6</sup>

Die Ausgangssituation für eine gemeinsame Abwehr der nazistischen Gefahr war dennoch denkbar ungünstig. Die KPD hatte nach dem politischen Kurswechsel 1928/29 die SPD zum Hauptfeind erklärt.<sup>7</sup> Die höheren Funktionäre der Sozialdemokratie wurden nun als „Sozialfaschisten“ bezeichnet;<sup>8</sup> mitunter wurde dieser Begriff auch auf die unteren Funktionäre und einfachen Mitglieder der SPD ausgedehnt. Auch der Durchbruch der NSDAP, die ihren ersten großen Wahlerfolg bei den Landtagswahlen im Juni 1930 in Sachsen verzeichnen konnte, änderte an der Politik nichts. Als Parteilinie galt weiterhin, in erster Linie den „Sozialfaschismus“ und nicht den „Nationalfaschismus“ zu bekämpfen. Letzteren betrachtete die KPD-Führung mehr oder weniger als vorübergehende Erscheinung. Dadurch wurde das Klima zwischen SPD und KPD vergiftet. Verschärft wurden die Spannungen noch durch den Entschluß der SPD, das Kabinett Brüning zu tolerieren, um eine weitere Aushöhlung der Republik zu verhindern.

Der politische Kurswechsel der KPD ging mit dem Versuch einher, die gemeinsamen Vorfeldorganisationen der sozialistischen Arbeiterparteien<sup>9</sup> und die

---

4 Siehe Christian W. Szejnmann: *Nazism in Central Germany. The Brownshirts in Red Saxony*, New York 1999; Ders: *Vom Traum zum Alptraum. Sachsen in der Weimarer Republik*, Dresden 2000; Franz Walter: *Sachsen – ein Stammland der Sozialdemokratie?*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 32, (1991) 2, S.207-231.

5 Siehe Benjamin Lapp: *Revolution From Right. Politics, class and the rise of Nazism in Saxony, 1919-1933*, New Jersey 1997.

6 Siehe Dietmar Klenke: *Die SPD-Linke in der Weimarer Republik. Eine Untersuchung zu den regionalen organisatorischen Grundlagen und zur politischen Praxis und Theoriebildung des linken Flügels der SPD in den Jahren 1922-1932*, Münster 1987.

7 Siehe Klaus Kinner u. a. (Hrsg.): *Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg*, Berlin 2003; Hermann Weber/Bernhardt H. Bayerlein (Hrsg.): *Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin*, Berlin 2003; Hermann Weber: *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt/Main 1969.

8 Schon 1924 wurde der Begriff „*Sozialfaschismus*“ eingeführt, jedoch noch nicht vollständig in der gesamten Partei etabliert und mit dem Kurswechsel der KPD von 1925 wieder aus dem Begriffsarsenal verbannt. Siehe Siegfried Bahne: „*Sozialfaschismus*“ in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs, in: *International Review of Social History*, 10 (1965), S.211-244.

9 Siehe Hartmann Wunderer: *Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890-1933)*, Frankfurt/Main 1980.

Freien Gewerkschaften<sup>10</sup> zu spalten. Umgekehrt wurde die überwiegend sozialdemokratische Führung zunehmend aggressiver gegenüber kommunistischen Mitgliedern und suchte nach Anlässen, diese aus den gemeinsamen Organisationen zu entfernen. Da es der KPD weitgehend mißlang, neue eigene Massenorganisationen aufzubauen, und sie in den Betrieben durch die Weltwirtschaftskrise jeglichen Einfluß verlor, isolierte sie sich immer weiter von der großen Mehrheit der organisierten sozialistischen Arbeiterschaft. Allerdings konnte sie bei Wahlen Erfolge verbuchen, da die radikalisierten arbeitslosen Industriearbeiter überwiegend der KPD ihre Stimme gaben.<sup>11</sup> Auch organisatorisch wuchs die KPD teilweise sogar rasant an. Allerdings litt die Partei unter einer außerordentlich hohen Fluktuation: Die neuen Mitglieder kamen und gingen, der stabile Kern der KPD dagegen blieb schmal.<sup>12</sup>

Die SPD dagegen hatte andere Probleme: Während die Organisation in der Weltwirtschaftskrise bis 1932, zumindest dort, wo die Abspaltung der SAP bedeutungslos blieb, weitgehend stabil war,<sup>13</sup> verlor sie zunehmend den Rückhalt der Wähler, die weniger an die Partei gebunden waren. Zwar konnte die KPD von diesen Verlusten teilweise profitieren, doch wechselte ein beträchtlicher Teil zur NSDAP.<sup>14</sup> In zeitgenössischen Analysen der Sozialdemokraten wurde dies übersehen; man ging davon aus, daß die ehemaligen sozialdemokratischen Wähler in der Regel die KPD bevorzugten. So betrachtete die SPD die NSDAP und die bürgerlichen Parteien rechts der Staatspartei und des Zentrums als Hauptgegner im Kampf um die Macht im Staat, die KPD jedoch als einzigen ernsthaften Konkurrenten um die eigenen Wähler und Mitglieder.

Der Volksentscheid gegen die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung, der ursprünglich von den Rechtsparteien lanciert wurde und dann auf Drängen der Komintern die Unterstützung der KPD fand, verschlechterte das Klima zwischen SPD und KPD im Sommer 1931 weiter.<sup>15</sup> In Sachsen versuchte

---

10 Siehe Werner Müller: Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO) in Deutschland 1928-1933, Köln 1988.

11 Siehe Jürgen W. Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986; Jürgen W. Falter: Hitlers Wähler, München 1991; Christopher Hausmann: Wahlen im „roten Mitteldeutschland“ 1918-1933. Ein Beitrag zur regionalen Wahlforschung, Jena 1999 (Diss.).

12 Siehe Mallmann, Kommunisten, S.87-93.

13 Siehe Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie 1931, Berlin 1976 (Neudruck), S.109; Heinz Niemann u. a.: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917-1945, Berlin 1982, S.535.

14 Siehe Conan J. Fischer: Gab es am Ende der Weimarer Republik einen marxistischen Wählerblock?, in: Geschichte und Gesellschaft, 21 (1995), S.63-79.

15 Siehe Heinrich August Winkler: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Bonn 1987, S.385-391; Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929-1933.

sich die KPD mit einer ähnlichen Politik. Hier unterstützte sie wie die NSDAP ein Volksbegehren und den anschließenden Volksentscheid gegen die geschäftsführende Regierung Schieck.<sup>16</sup> Obwohl der Charakter dieses konservativen Kabinetts grundsätzlich anders war als der der Preußenregierung, so wären bei einem erfolgreichen Volksentscheid die Konsequenzen die gleichen gewesen: Bei Neuwahlen wäre die NSDAP mit Abstand die stärkste Partei geworden. In Sachsen hätte sich höchstwahrscheinlich eine Koalitionsregierung unter Führung der NSDAP gebildet. Die bürgerlichen Parteien bis hin zur DVP hatten sich schon 1930 willig gezeigt, dieses Bündnis einzugehen. Um dies zu verhindern, tolerierte die SPD das Kabinett Schieck und wandte sich scharf gegen den Volksentscheid, der kurz nach den Reichspräsidentenwahlen am 17. April 1932 durchgeführt, mit 36 Prozent deutlich scheiterte.

Die Reichspräsidentenwahlen<sup>17</sup> verstärkten die Feindschaft zwischen SPD und KPD noch. Um einen Reichspräsidenten Adolf Hitler zu verhindern, trat die SPD für Paul von Hindenburg ein. Die SPD in Sachsen, lange Zeit die Hochburg der SPD-Linksopposition, unterstützte die Wahl Hindenburgs 1932 weit entschiedener als die Wahl von Wilhelm Marx 1925. Dagegen stellte die KPD mit Ernst Thälmann ihren eigenen Kandidaten auf. Beide Parteien führten einen heftigen Propagandafeldzug gegeneinander. An der KPD-Basis herrschte im Frühjahr 1932 beträchtliche Verwirrung. Stimmen innerhalb der KPD-Mitgliedschaft wurden laut, die meinten: „Laßt Hitler an die Macht, dann kommen wir schneller zu Sowjetdeutschland.“<sup>18</sup> Tatsächlich gab es starke Indizien dafür, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der KPD-Anhängerschaft im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl Hitler die Stimme gab. Andererseits fragten sich viele KPD-Mitglieder, ob die radikal gegen die SPD gerichtete

---

Eingel. v. Hermann Weber. Bearb. von Hermann Weber unter Mitwirkung von Johann Wachtler, Düsseldorf 1981, S. XXXIV-XXXVII, LXXII ff., S.376-386.

16 Siehe Bericht der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Sachsens an den 2. Bezirksparteitag vom 25-27.3.1932, o. O. o. J. (Leipzig 1932), S.6; Bericht der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Sachsens an den 3. Bezirksparteitag vom 3-4.12.1932, o. O. o. J. (Leipzig 1932), S.11; Helmut Schwarzbach: Über den Kampf der KPD gegen die Gefahr des Faschismus und für die Verteidigung der Lebensrechte des deutschen Volkes in Ostsachsen in der Zeit von 1929-1933, Berlin 1969 (Diss.), S.193f., 199-202; Szejmann, Traum, S.133; Fritz Selbmann: Alternative – Bilanz – Credo. Versuch einer Selbstdarstellung, Halle 1975, S.201f.

17 Siehe zu Sachsen: Peter Möbius: Der Kampf der KPD in Sachsen gegen die Errichtung der faschistischen Diktatur (März 1932 -Januar 1933), Karl-Marx-Stadt 1989, S.7-12; Voigt, Reichsbanner, Kapitel 9.4.3.; Jesko Vogel: Der sozialdemokratische Parteibeirk Leipzig in der Weimarer Republik. Sachsens demokratische Tradition, 2 Bde., Hamburg 2006, S.709-716.

18 Bericht an den 3. Bezirksparteitag, S.75; siehe weiter: Instruktorsberichte aus dem UB Bautzen, 1.6.1932, und Limbach, 9.6.1932, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), RY 1/27, Bl. 26, 131.

Politik noch sinnvoll wäre. Im Zusammenhang mit dem Volksentscheid gegen die Regierung Schieck stellten sich Leipziger KJVD-Mitglieder die Frage, was danach komme, und beantworteten sie selbst: „Dann kommt Hitler!“<sup>19</sup> Dementsprechend waren sie gegen den Volksentscheid.

In der „Chemnitzer Volksstimme“ sprach der Bezirksvorsitzende der Chemnitzer SPD Karl Böchel vom „kommunistischen Vormarsch auf das Dritte Reich“.<sup>20</sup> Im Frühjahr 1932 war selbst der linke Flügel der SPD unter diesen Umständen nicht bereit, mit der KPD zusammenzuarbeiten. An der KPD-Basis wurden von der sächsischen Bezirksleitung „Depressionsstimmungen“ registriert.<sup>21</sup> Da auch einige Landtagswahlen, darunter die wichtige Preußenwahl, keinen Erfolg für die KPD brachten, sah sich die KPD gezwungen, ihre Politik zu überdenken. Entscheidend dafür war vor allem die Lage in Preußen, wo es darum ging, entweder die geschäftsführende Regierung unter Otto Braun (SPD) zu unterstützen oder einer Koalitionsregierung unter Führung der NSDAP die Macht im wichtigsten deutschen Teilstaat zu überlassen.

Das ZK der KPD entschloß sich in dieser Situation nach Intervention der Komintern, einen Kurswechsel vorzunehmen.<sup>22</sup> Der Beschluß der ZK-Tagung am 24. Mai 1932, die Antifaschistische Aktion<sup>23</sup> zu starten, erschien unter diesen Umständen wie ein Befreiungsweg aus der politischen Sackgasse. Die Antifaschistische Aktion bedeutete keine generelle Änderung der Generallinie, als Hauptfeind den „Sozialfaschismus“ zu bekämpfen. Jedoch ermöglichte sie den unteren Einheiten eine flexiblere Taktik gegenüber der SPD. Denn nun wurde nicht nur die „Einheitsfront von unten“, d.h. die Zusammenarbeit mit SPD-Mitgliedern, um diese in Gegensatz zu ihrer Führung zu bringen, sondern auch die „Einheitsfront von oben“ wenigstens auf örtlicher Ebene möglich. KPD-Ortsgruppen konnten nun unter bestimmten Umständen Spitzenverhandlungen mit örtlichen Gliederungen der SPD oder des ADGB aufnehmen.

Vor allem anhand von internen Berichten der sächsischen KPD soll im folgenden die Wirkung der Antifaschistischen Aktion untersucht werden.<sup>24</sup> Bisher wurde das Verhalten der Basis der Arbeiterparteien in Sachsen während der Antifaschistischen Aktion trotz einiger Darstellungen, die sich damit beschäftigen, nur in ungenügend erforscht.<sup>25</sup> Zweifellos hatte die Antifaschistische

19 Bericht an den 2. Bezirksparteitag, S.80.

20 Siehe Chemnitzer Volkstimme, 12.4.1932.

21 Siehe Bericht an den 3. Bezirksparteitag, S.11.

22 Siehe Wirsching, Hauptfeind, S.118f.

23 Siehe Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik. Mai 1932 bis Januar 1933. Hrsg. und eingel. von Heinz Karl und Erika Kücklich, Berlin 1965, S.22-34; Generallinie, S. XLVI-LI, 489-534.

24 Die Berichte sind enthalten in: SAPMO-BArch, RY 1/21, RY 1/22; RY 1/27, RY 1/3/8-10/157.

25 Auf die Antifaschistische Aktion im sächsischen Raum gehen auch mehrere Darstellungen aus der DDR ein. Allen Darstellungen ist gemeinsam, daß sie sich haupt-

Aktion eine mobilisierende Wirkung auf die kommunistische Parteibasis.<sup>26</sup> Weite Teile der Parteibasis sahen sie als ein echtes Bündnisangebot an die SPD und an die SAP an. So beschwerte sich ein Instrukteur aus dem Chemnitzer Raum: „Die A[n]tifaschistische A[k]tion ist der zentrale Angriff auf die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie zur Durchführung der strategischen Hauptlinie der Partei, Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kampf, selbst in Limbach waren das böhmische Dörfer.“<sup>27</sup> Ähnlich waren die Reaktionen im Unterbezirk Plauen, wo die KPD-Ortsgruppen an die Vorsitzenden der SPD und der in diesem Gebiet außerordentlich starken SAP sowie an die sonstigen Arbeiterorganisationen Anschreiben richteten.<sup>28</sup> Die „Einheitsfront von oben“ wurde von den meisten KPD-Ortsgruppenfunktionären als einzig gangbarer Weg angesehen, um die Differenzen mit der Sozialdemokratie zu überwinden.

Weit auseinander gingen die Ansichten der zentralen Instanzen und der sächsischen KPD-Bezirksleitung einerseits sowie der Parteibasis andererseits in der Einschätzung von SAP und KPO. Für erstere waren diese beiden Parteien die „linken Filialen des Sozialfaschismus“, mit denen unter keinen Umständen

---

sächlich auf veröffentlichte Quellen der KPD stützen und die Antifaschistische Aktion im wesentlichen in eine Erfolgsgeschichte einreihen. Die Mitglieder der SPD und der SAP kommen nur als Objekte vor, die für die richtige Linie gewonnen werden sollten. Der faktische Abbruch der Antifaschistischen Aktion am 14. Juli 1932 wird in diesen Darstellungen verschwiegen. Trotzdem finden sich in diesen Arbeiten einige interessante lokale Beispiele für den Ablauf der Antifaschistischen Aktion. Siehe das Kapitel 3 von Helmut Arndt in: In der Revolution geboren, in den Klassenkämpfen bewährt. Geschichte der KPD-Bezirksorganisation Leipzig-West Sachsen, Leipzig 1986, S.322-334; Möbius, Kampf, S.29-39; Schwarzbach, Kampf, S.235-243. Jüngst hat LaPorte eine ausführliche Darstellung über die sächsische KPD vorgelegt. Seine Arbeit leidet darunter, daß er die Geschichte der KPD vor allem als einen ununterbrochenen Ablauf von Fraktionskämpfen versteht. Teilweise übernimmt er, negativ gewendet, die Sichtweise der Thälmannschen Parteiführung, die überall feindliche Fraktionen witterte, auch wenn von solchen nicht gesprochen werden konnte. In bezug auf die Antifaschistische Aktion übernimmt er oft allzu unkritisch die Sicht der KPD-Instrukteure, wenn diese von einer Integration der Sozialdemokraten in die kommunistischen Kampagnen berichten. Tatsächlich handelte es sich aber zumeist um Abkommen auf Augenhöhe oder nur um den Einbezug weniger SPD-Mitglieder. Jedoch bietet LaPorte, der zu einem guten Teil aus denselben Quellenbeständen schöpft wie diese Darstellung, zahlreiche Beispiele, welche die hier vorgestellte Interpretation stützen, ohne die gleichen Schlüsse zu ziehen. Siehe Norman LaPorte: *The German Communist Party in Saxony, 1924-1933: factionalism, fratricide and political failure*, Oxford 2003, S.329-344.

26 Siehe Generallinie, S.XLVII; Instrukteursbericht aus dem Unterbezirk Bautzen, 5.8.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/27, Bl. 12.

27 Instrukteursbericht, 6.8.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/27, Bl. 260.

28 Siehe Instrukteursbericht aus dem Unterbezirk Plauen, 30.7.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/22, Bl. 219.

auf örtlicher Spitzenebene zusammengearbeitet werden durfte und die es zu beseitigen galt. Ganz auf dieser Linie forderte ein Instrukteur die „besten Elemente“ von SAP und KPO für die Partei zu gewinnen „und die Überbleibsel dann im rücksichtslosen Kampf [zu] zerschlagen“.<sup>29</sup> Der großen Mehrheit der Parteibasis standen die Mitglieder der SAP und der KPO näher als die der SPD. Besonders der SAP wurde eine Brückenfunktion zwischen den beiden großen Arbeiterparteien zugebilligt. Deshalb bildeten viele KPD-Ortsgruppen mit SAP und KPO gemeinsame Einheitsfrontausschüsse; ein Vorgehen, welches die KPD-Bezirksleitung ausdrücklich nicht billigte. Vor allem im Vogtland waren paritätisch zusammengesetzte Einheitsfrontausschüsse mit der SAP eine häufige Erscheinung.<sup>30</sup>

Die Bemühungen der Instruktoren der KPD-Bezirksleitung, die zahlreichen mit der SAP gebildeten Einheitsfrontausschüsse zu zerschlagen, hatten zumeist Erfolg: „Zu Beginn der antifaschistischen Aktion glaubten viele Ortsgruppen, die Einheitsfront herstellen zu können, wenn sie sich mit den örtlichen Leitungen der SAP oder der SPD zusammensetzten und dann gemeinsame Demonstrationen beschlossenen. Die Einheitsfrontausschüsse setzten sich dann paritätisch zusammen. Ich sah mich vor die Aufgabe gestellt, diese Ausschüsse zu liquidieren.“<sup>31</sup> Die Eingriffe der Instruktoren verfehlten ihre Wirkung auch deshalb nicht, weil sie es relativ erfolgreich verstanden, die KPD-Ortsgruppen auf die Führungsrolle der Partei gegenüber den Mitgliedern der anderen Arbeiterparteien einzuschwören.

Allerdings hatten die Instruktoren mancherorts beträchtliche Widerstände zu überwinden. Es konnte auch vorkommen, daß es wieder zu Neuauflagen des örtlichen Bündnisses vom Sommer 1932 kam, etwa anlässlich der sächsischen Kommunalwahlen im November 1932. Einige Ortsgruppen weigerten sich schlicht, die Zusammenarbeit mit der SAP zu beenden, so etwa die KPD in Aue.<sup>32</sup> In Falkenstein (Vogtland) opponierten die führenden Funktionäre heftig gegen die sächsische Bezirksleitung: „Wir arbeiten und dann zerschlägt man uns die Einheitsfront. [...] Man sagt sich manchmal direkt, in der Bezirksleitung sitzen bewußte Provokateure.“<sup>33</sup> In anderen Orten lehnte es die SAP ab, innerhalb der

29 Instruktorsbericht, 20.6.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/27, Bl. 268.

30 Siehe besonders: SAPMO-BArch, RY 1/22, Bl. 69f., 76, 81, 108, 118-126, 156f., RY 1/27, Bl. 15f., 41, RY 1/3/8-10/157, Bl. 188; siehe weiter: ebenda, Rundschreiben Nr. 10 der KPD-Bezirksleitung Sachsen, undatiert [Mitte Juli 1932], in: ebenda, RY 1/3/8-10/151, Bl. 104; Fritz Selbmann: Bolschewistische Offensive für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Protokoll vom 3. Bezirksparteitag, Leipzig 1932, S.71f.

31 Instruktorsbericht aus dem Unterbezirk Plauen, undatiert [August 1932], in: SAPMO-BArch, RY 1/22, Bl. 131.

32 Siehe Bericht über den Unterbezirk Aue-Schwarzenberg, 7.7.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/22, Bl. 81.

33 Siehe Bericht von der Parteiarbeiterkonferenz in Falkenstein, 3.8.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/22: Bl. 157.

Antifaschistischen Aktion mit der KPD zusammenzugehen, da man darin ein parteipolitisches Manöver erblickte. So wies der Jugendverband der SAP in Dresden die Zusammenarbeit mit dem KJVD innerhalb der Antifaschistischen Aktion mit der Begründung zurück: „Einheitsfront, aber nicht unter Führung des ZK der KPD“.<sup>34</sup>

Schwieriger als gegenüber der SAP stellte sich für die KPD-Ortsgruppen das Verhältnis gegenüber der SPD und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold dar, der in den meisten Regionen Sachsens den Kern für die antifaschistischen Kampagnen unter dem Dach der Eisernen Front bildete: „In Freiberg, wo die SPD noch einen festen Boden hat, zeigte sich bei den Diskussionen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter ihre Führer bis aufs äußerste verteidigten und unsere Genossen dann bei den Diskussionen meist unkameradschaftlich voringen.“<sup>35</sup> Obwohl auch an der sozialdemokratischen Parteibasis die Einheitsfront populär war, blieb die Mehrzahl der SPD-Mitglieder doch skeptisch gegenüber der Antifaschistischen Aktion, da man den Führungsanspruch von seiten der KPD-Führung sehr wohl wahrnahm. Zur Unterordnung unter die Politik der KPD waren die sozialdemokratischen Mitglieder, die in ihrer großen Mehrzahl viel länger und stärker an ihre Partei gebunden waren als die KPD-Mitglieder, nicht bereit. Im Vogtland gab es Stimmen von SPD-Mitgliedern, entweder die „Einheitsfront von oben“ herzustellen oder unter Ausschaltung der jeweiligen Parteiführungen zusammenzugehen;<sup>36</sup> ähnlich reagierte SPD-Mitglieder in Dresden.<sup>37</sup>

Regelrechte Einheitskomitees, wie sie von der KPD angestrebt wurden und für die mehr als einzelne SPD-Mitglieder gewonnen werden konnten, blieben eine Rarität. Ganz auf der Linie des Parteivorstandes hatten die sächsischen Bezirksleitungen der SPD, genauso wie die Reichsbannerführung, jegliches Mitwirken ihrer Mitglieder in solchen Komitees untersagt.<sup>38</sup>

Einige Erfolge konnte die KPD dennoch verzeichnen. So bildete sich in Gottleuba bei Dresden ein Einheitsfrontkomitee gegen den Willen des örtlichen Reichsbannervorsitzenden, der erst das Einverständnis der übergeordneten Leitungen einholen wollte. Dem Komitee gehörten neben der KPD das Reichsbanner, die Arbeitersamariter und die Arbeitersportler an.<sup>39</sup> Diese

---

34 Instruktorsbericht aus dem Unterbezirk Dresden, 8.6.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/3/8-10/157, Bl. 186.

35 Bericht des Unterbezirks Freiberg, 3.8.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/27, Bl. 210.

36 Siehe Instruktorsbericht aus dem Unterbezirk Plauen, 30.7.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/22, Bl. 219.

37 Siehe Bericht des Unterbezirks Dresden zur Reichstagswahlkampagne, undatiert [August 1932], in: SAPMO-BArch, RY 1/27, Bl. 41f.

38 Siehe Leipziger Volkszeitung, 12.7.1932; Reichsbanner, 9.7.1932.

39 Siehe Instruktorsbericht aus dem Unterbezirk Dresden über die Tätigkeit vom 27.6. bis 2.7.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/3/8-10/157, Bl. 188.

Zusammensetzung brachte vermutlich eher ein sozialdemokratisches Übergewicht mit sich. Davon, daß die SPD-Mitglieder ins Fahrwasser kommunistischer Politik gerieten, kann also keine Rede sein. Auch die Zusammensetzung anderer Einheitsfrontkomitees läßt darauf schließen, daß sich sozialdemokratische Organisationen und die SAP diesen vor allem dort anschlossen, wo sie ein entsprechendes Gewicht einbringen konnten und nicht die Dominanz der KPD dulden mußten.<sup>40</sup>

Eine Zusammenarbeit der Kommunisten mit anderen Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung kam also vor allem dort zustande, wo die örtlichen Kommunisten zu weitgehenden Zugeständnissen bereit waren, die häufig den Intentionen der KPD-Führung direkt widersprachen. Wenn die KPD in bezug auf die Einheitsfront einige Erfolge vorzuweisen hatte, so waren diese vor allem auf die eigene Interpretation der Antifaschistischen Aktion durch die kommunistische Parteibasis zurückzuführen. Wie stark die Stimmung für die Einheitsfront war, zeigt auch der Beschluß der KPD-Ortsgruppen von Cunewalde und Olbersdorf (Oberlausitz), gemeinsame Demonstrationen mit der SAP und der SPD durchzuführen. Bei der ersten Demonstration griffen sich die Redner der jeweiligen Partei nicht an, sondern sprachen nur gegen „den Faschismus in den braunen Hemden“, wie die Bautzener Unterbezirksleitung rügte. Auf der zweiten Demonstration stellte von seiten der KPD die Unterbezirksleitung einen Redner, der Severing heftig attackierte. Daraufhin verließ die große Mehrzahl der SPD- und Reichsbannermitglieder die Kundgebung.<sup>41</sup> Auf einer weiteren gemeinsamen Demonstration von SPD und KPD in einem anderen Ort des KPD-Unterbezirks Bautzen griff der örtliche Leiter der KPD die SPD an, woraufhin ihm unter Zustimmung von kommunistischen Parteimitgliedern das Wort entzogen wurde.<sup>42</sup>

Als das ZK der KPD in einem Rundschreiben vom 14. Juli 1932<sup>43</sup> jegliche „Einheitsfront von oben“ untersagte und damit die Antifaschistische Aktion faktisch beendete, konnte die sächsische Bezirksleitung erleichtert aufatmen. Angesichts der ständigen „opportunistischen Fehler“ der Basis, drohte ihr die Kontrolle zu entgleiten. Insgesamt ist die Reichweite der Antifaschistischen Aktion nur schwer abzuschätzen. Die Initiativen der kommunistischen Basis erleichterten sicherlich die Zusammenarbeit mit anderen Arbeiterorganisationen. Der Druck der NSDAP im Frühjahr und Sommer 1932 war unabhängig von der Antifaschistischen Aktion ein entscheidender Faktor für die Kooperationsbereitschaft der Basis.

---

40 Siehe ebenda, Bl. 180 f., 185.

41 Siehe Bericht der Unterbezirksleitung Bautzen, 18.7.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/27, Bl. 16.

42 Siehe Bericht von der Parteikonferenz im Unterbezirk Bautzen, undatiert, in: ebenda, Bl. 19.

43 Abgedruckt in: Generallinie, S.526-534.

Im „Freien Wort“, dem Diskussionsorgan der SPD, stellte ein sozialdemokratischer Funktionär aus dem erzgebirgischen Thalheim die klassische Situation des Zusammengehens von SPD- und KPD-Mitgliedern so dar: Wenn 20 Sozialdemokraten und Kommunisten an einem Tisch im Arbeiterheim zusammensaßen und diskutierten, würde durch den jahrelang aufgetürmten Haß niemals eine Einigung erreicht werden, wenn aber die Nazis das gemeinsame Heim angriffen, würde man sich selbstverständlich zur gemeinsamen Notwehr bereitfinden.<sup>44</sup> Von kommunistischer Seite gab es ähnliche Feststellungen. So berichtete ein Instrukteur aus Lengfeld im Vogtland: „Von der SPD und den Gewerkschaften sind wir vollkommen isoliert und besteht nach Aussage des Polleiters eine direkte Feindschaft. Man spricht nicht zusammen. Nur bei einzelnen Überfällen der Nazis kommt es zum gemeinsamen Vorgehen, ohne daß diskutiert wird, gehen dann die Reichsbannerleute und unsere auseinander.“<sup>45</sup>

Die häufigste Form der Kooperation war der Schutz von gemeinsamen Einrichtungen der Arbeiterbewegung gegen Angriffe der Nationalsozialisten. Dabei ist zu beachten, daß in der Provinz die Spaltung der gemeinsamen Vorkampfordorganisationen schon häufig deshalb nicht zustande kam, weil dafür der KPD die Ressourcen fehlten. Aber selbst dort, wo die Spaltung weitgehend bestand, mußten die Anhänger beider Richtungen oft noch gemeinsam ein Arbeiterheim nutzen. Durch die noch vorhandene gemeinsame Infrastruktur waren Sozialdemokraten und Kommunisten faktisch gezwungen, miteinander zu kooperieren. Die Schwerpunkte der Zusammenarbeit befanden sich in jenen Gebieten, wo die NSDAP besonders stark war und sich die Arbeiterparteien eindeutig in der Defensive befanden, wie im Vogtland und im Erzgebirge. Nicht zufällig beschloß die KPD in Aue nach Aufhebung des SA-Verbots gegen den Willen der Unterbezirksleitung, eng mit der SAP zu kooperieren: „Die Genossen, die diese Verhandlungen geführt haben, stehen auf dem Standpunkte, Einheitsfront unter allen Umständen, auch wenn es etwas gegen die Linie der Partei sei, zu schaffen. Es wurden gestern in der Diskussion Formulierungen gebraucht wie: ‚Lieber einen Schritt zurück und dann wieder 10 nach vorn machen zu können.‘ oder ‚Wir haben in Aue andere Verhältnisse und denen müssen wir uns anpassen.“<sup>46</sup>

Auch aus dem Raum Dresden wurde von „opportunistischen Verfehlungen“ berichtet. So schlossen sich einer der wenigen kommunistischen Betriebsräte und der Organisationsleiter der KPD eines Dresdner Stadtbezirks einer Demonstration der Eisernen Front in der Landeshauptstadt an: „Die Fehler wurden

---

44 Siehe Freies Wort, Nr. 29, 17.7.1932, S.18f.

45 Instrukteursbericht, undatiert [August 1932], in: SAPMO-BArch, RY 1/3/8-10/157, Bl. 110.

46 Bericht der Unterbezirksleitung Aue-Schwarzenberg, 15.6.1932, in: SAPMO-BArch, RY 1/22, Bl. 87.

meist von Genossen gemacht, die schon jahrelang in der Partei sind. Ihr Verhalten beruht nicht auf Unkenntnis, sondern auf persönlicher Angst gegenüber dem Anwachsen der Nazis. Sie glauben, daß unter allen Umständen die Einheitsfront geschaffen werden muß, auch unter Verzicht unserer grundsätzlichen Einstellung gegen die SPD.<sup>47</sup>

In den Gebieten mit ausgesprochener SPD-Dominanz setzten die Sozialdemokraten ihre Parole „Eiserne Front ist Einheitsfront“ recht erfolgreich gegen die Antifaschistische Aktion ein.<sup>48</sup> Hier setzte man vor allem auf die in der Eisernen Front zusammengeschlossenen Organisationen, vor allem auf das Reichsbanner und den SPD-Schutz, der besonders in Dresden und noch mehr in Leipzig von Bedeutung war. Das Polizeipräsidium Leipzig stellte ausdrücklich die Dominanz der Kampagnen der Eisernen Front gegenüber denen der Antifaschistischen Aktion fest, die dadurch nicht recht zur Entfaltung kam.<sup>49</sup> In Leipzig, dem traditionell am meisten antikommunistischen der vier sächsischen SPD-Bezirke, konnte so eine Zusammenarbeit zwischen SPD- und KPD-Mitgliedern weitgehend unterbunden werden. Nur die im Rahmen der Leipziger Kampfstaffeln, einer militanten Unterorganisation des SPD-Schutzes, agierenden SAJ-Mitglieder erwiesen sich gegenüber der KPD partiell als kooperationsbereit.<sup>50</sup>

Nach dem Abbruch der Antifaschistischen Aktion Mitte Juli 1932 kehrte die KPD-Führung schnell wieder zu ihrer alten Tonart zurück. Auf dem 3. Bezirksparteitag im Dezember 1932 machte man ausdrücklich die „faule, opportunistische Einheitsfrontpolitik“<sup>51</sup> gegenüber der SPD und noch mehr den ungenügenden Kampf gegenüber der SAP für die unter dem Reichsdurchschnitt liegenden Wahlergebnisse der sächsischen KPD bei den beiden Reichstagswahlen von 1932 als Ursache aus.

Alle Einheitsfrontbemühungen erwiesen sich aufgrund der verschiedenen politischen Ausrichtung von SPD und KPD als äußerst brüchig. Während die SPD von der Republik verteidigen wollte, was von dieser noch übrig war, strebte die KPD ein Sowjetdeutschland an, freilich ohne auch nur im entferntesten in der Lage zu sein, dieses Ziel zu erreichen. Diese voluntaristische Politik der KPD wurde durch den weitgehenden gesellschaftlichen Ausschluß der Kommunisten, aber auch durch die selbstgewählte Isolierung der Partei wesentlich begünstigt. Die Konsequenz daraus, die radikale Bekämpfung der Republik und ihrer wichtigsten Trägerpartei, der SPD, mußte damals zum irreparablen Bruch in der sozialistischen Arbeiterbewegung führen. Die sächsische Bezirksleitung der KPD

47 Bericht der Unterbezirksleitung Dresden über die Reichstagswahlkampagne, undatiert [August 1932], in: SAPMO-BArch, RY 1/27, Bl. 41f.

48 Siehe Dresdner Volkszeitung, 14.7. und 23.7.1932; Reichsbanner, 9.7.1932; Reichsbanner-Gaubeilage Leipzig, 13.8.1932; Freies Wort, Nr. 29, 17.7.1932, S.18.

49 Siehe Staatsarchiv Leipzig, PP-St, Nr. 19, Bl. 59.

50 Siehe Vogel, Parteibeizirk, S.645, 724.

51 Selbmann, Offensive, S.71.

legte bei der Antifaschistischen Aktion eine ziemlich starre Haltung an den Tag. Vor allem hielt sie daran fest, die SAP als „die linke Filiale des Sozialfaschismus“ besonders hartnäckig zu bekämpfen. Andererseits kam es durch den Druck der faschistischen Bewegung zu einer Reaktivierung alter Milieuzusammenhänge. Meines Erachtens überschätzt in diesem Zusammenhang Wirsching die Spaltung des sozialistischen Milieus.<sup>52</sup> Zwar kann in einigen Gegenden, wo die KPD genügend Ressourcen hatte, wie in der Stadt und Amtshauptmannschaft Leipzig oder in der Amtshauptmannschaft Chemnitz, von kommunistischen Submilieus gesprochen werden, da hier die Spaltung weitgehend Realität war, für andere Gebiete Sachsens traf dies jedoch nicht zu.<sup>53</sup> Außerdem herrschte an der Parteibasis vielerorts immer noch die Überzeugung vor, die gemeinsame sozialistische Grundüberzeugung könne das Trennende beiseite schieben. Der Druck der und die entstehende Angst vor den aufmarschierenden SA-Kolonnen taten ein übriges.

Ernst zu nehmende Bündnisangebote, die auf einer realistischen Einschätzung der Gegebenheiten beruhten und sich auf die Abwehr der nazistischen Angriffe konzentrierten, gingen im Herbst 1932 von der sächsischen SPD aus. Jedoch rückten die beiden Arbeiterparteien erst im Januar 1933 etwas näher zusammen, ohne daß die grundsätzlichen Differenzen überbrückt werden konnten.<sup>54</sup>

---

52 Siehe Andreas Wirsching: „Stalinisierung“ oder entideologisierte „Nischengesellschaft“. Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, 45 (1997) 3, S.449-466.

53 Siehe Voigt, Reichsbanner, Kapitel 10.4.

54 Siehe Vogel, Parteibeizirk, S.765, 767f., 772, 775f.; Voigt, Reichsbanner, Kapitel 9.5.3.